



HESSISCHER LANDTAG

08. 10. 2024

Große Anfrage

**Volker Richter (AfD), Sandra Weegels (AfD), Anna Nguyen (AfD),
Gerhard Bärsch (AfD), Pascal Schleich (AfD), Robert Lambrou (AfD)
und Bernd Erich Vohl (AfD)**

Aktuelle Belegung von Frauenhäusern im Land Hessen

Seit einigen Jahren steigt die Zahl der Frauen, die in Frauenhäusern für sich und ihre Kinder Schutz vor ihren gewalttätigen Partnern/Ehepartnern suchen müssen, massiv an. Die Ursachen für diesen Anstieg sind vielfältiger Natur: Während zahlreiche Frauen mit Migrationshintergrund aus patriarchalisch geprägten Kulturkreisen Schutz vor gewalttätigen Ehepartnern suchen müssen, haben insbesondere Lockdown-Phasen zu einer Zunahme der Fälle von „häuslicher Gewalt“ geführt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Frauen sind derzeit im Land Hessen in Frauenhäusern untergebracht?
2. Wie viele der unter dem Punkt 1 erfragten Frauen haben
 - a) die deutsche oder
 - b) eine ausländische oder
 - c) mehrere Staatsbürgerschaften?Bitte unter Punkt b) und c) nach den jeweiligen ausländischen Staatsangehörigkeiten gesondert aufschlüsseln.
3. Wie viele der unter dem Punkt 1 erfragten Frauen haben aufgrund einer durch ihren (ehemaligen) Partner/Ehepartner, einer durch Personen aus ihrem Familienumfeld oder des Familienumfelds des (ehemaligen) Partners/Ehepartners oder einer durch sonstige Drittpersonen begangenen oder versuchten
 - b) Gewalttat i. S. d. §§ 211 ff. oder §§ 223 ff. StGB,
 - c) Sexualstraftat i. S. d. §§ 174 ff.,
 - d) Tathandlung i. S. d. § 237 StGB oder
 - e) anderen StraftatSchutz in den betreffenden Frauenhäusern gesucht?
Bitte nach den Punkten a) bis d), — nach Möglichkeit — unter Nennung des Täters/des Täterkreises sowie jeweils nach den Punkten 2 a) bis c) gesondert aufschlüsseln.
4. In welchen der unter dem Punkt 3 erfragten Fällen ist
 - a) ein Strafverfahren gegen den/die Täter anhängig oder
 - b) bereits ein Strafurteil gegen den/die Täter ergangen?Bitte unter Nennung des Tatvorwurfes bzw. des Deliktes und des verhängten Strafmaßes aufschlüsseln.
5. In wie vielen Fällen haben in den Jahren 2020 bis 2024 (ehemalige) Partner/Ehepartner, Familienangehörige der betroffenen Frau oder des (ehemaligen) Partners/Ehepartners oder sonstige Drittpersonen in Frauenhäuser untergebrachte Frauen gewaltsam, etwa durch einen Einbruch in dem betreffenden Frauenhaus, aus der Frauenhausunterbringung verbracht?
6. In wie vielen Fällen ist eine der unter dem Punkt 5 erfragten Handlungen versucht worden?

7. Wie viele der unter dem Punkt 1 erfragten, derzeit in Frauenhäusern untergebrachten Frauen unterliegen einer besonderen Schutzunterbringung, da sie akut von einer der unter dem Punkt 3 oder 5 erfragten Tathandlungen bedroht sind?
8. Welche Nachfrage an Unterbringungs-/Betreuungsplätzen in Frauenhäusern steht im Land Hessen derzeit welcher Anzahl an Unterbringungs-/Betreuungsplätzen gegenüber?
9. Beabsichtigt die Hessische Landesregierung das Angebot an Unterbringungs-/Betreuungsplätzen in Frauenhäusern im Land Hessen auszuweiten und, falls ja: In welchem Umfang und zu welchem Zeitpunkt und, falls nein: Warum nicht?
10. Wie viele der unter dem Punkt 1 und 2 b) und c) erfragten Unterbringungen erfolgten infolge eines Familiennachzugs?
11. Welchen Aufenthaltsstatus haben die unter dem Punkt 2 b) erfragten Frauen inne?
Bitte unter Nennung des jeweiligen Aufenthaltsstatus und der jeweiligen Anzahl aufschlüsseln.
12. Wie viele der unter dem Punkt 1 erfragten Frauen sind jeweils für eine Dauer von
 - a) bis zu vier Wochen,
 - b) bis zu drei Monaten,
 - c) bis zu sechs Monaten,
 - d) bis zu einem Jahr oder
 - e) über ein Jahrin den Frauenhäusern untergebracht?
13. In wie vielen Fällen mussten im Zeitraum vom Jahr 2020 bis 2024 Frauen, die um Unterbringung und Schutz in Frauenhäusern ersuchten, aufgrund von Überbelegung oder Überbelastung der Frauenhäuser abgewiesen werden?
Bitte die Anzahl pro Jahr angeben.
14. In wie vielen der unter dem Punkt 13 erfragten Fällen konnten die um Schutz und Unterbringung ersuchenden Frauen an andere Frauenhäuser überstellt oder nicht überstellt werden?
15. Falls der Landesregierung zu den unter Punkt 12 und 13 abgefragten Vorkommnissen keine Informationen im Sinne der Fragestellung vorliegen:
 - a) Aus welchem Grunde liegen solche Informationen nicht vor?
 - b) In welcher Form plant die Landesregierung diese Informationen künftig zu erheben?

Wiesbaden, 8. Oktober 2024

Volker Richter
Sandra Weegels
Anna Nguyen
Gerhard Bärsch
Pascal Schleich
Robert Lambrou
Bernd Erich Vohl